



März 2010

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis



Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Regierungszufriedenheit: Rückhalt für Bundesregierung stagniert auf niedrigem Niveau	5
Ansichten zur Koalition: Für 62 Prozent passen Union und FDP nicht mehr zusammen.....	6
Westerwelle und Hartz-IV: Wichtiges Thema, aber auf Kosten der Schwachen	8
Atom-Energie: Deutsche halten am Ausstieg fest	10
Politikerzufriedenheit: Westerwelle verliert weiter an Rückhalt.....	12
Koalitionsalternative: 46 Prozent halten Schwarz-Grün für besser.....	15
Sonntagsfrage: FDP fängt Einbußen der letzten Monate ab	16
Parteien-Sponsoring: Mehrheit vermutet Einflussnahme	18
Euro mit unverändert schlechtem Image	19

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND März 2010

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	01. bis 02. März 2010 Sonntagsfrage: 01. bis 03. März 2010	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, März 2010
67.10.112390

Analyse

Zusammenfassung

Der Rückhalt der Bundesregierung in der Bevölkerung stagniert auf niedrigem Niveau. Nach 28 Prozent im Januar stellen aktuell 27 Prozent der Bundesregierung aus Union und FDP ein positives Zeugnis aus. Mittlerweile bezweifelt eine Mehrheit, dass Union und FDP noch zusammen passen. Die Deutschen bemängeln nicht unbedingt die Koalitionsstreitigkeiten an sich. Allerdings wird speziell der FDP unterstellt, die eigenen Interessen im Kabinett übermaßen wichtiger zu nehmen als den Erfolg der Regierung insgesamt. Zudem drängt sich bei acht von zehn der Eindruck auf, Schwarz-Gelb fehle ein klares Konzept für das gemeinsame Regieren. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch das moderierende und zurückhaltende Agieren der Bundeskanzlerin, von der sich die Deutschen eindeutiger Richtungsvorgaben für das Regierungsbündnis wünschen.

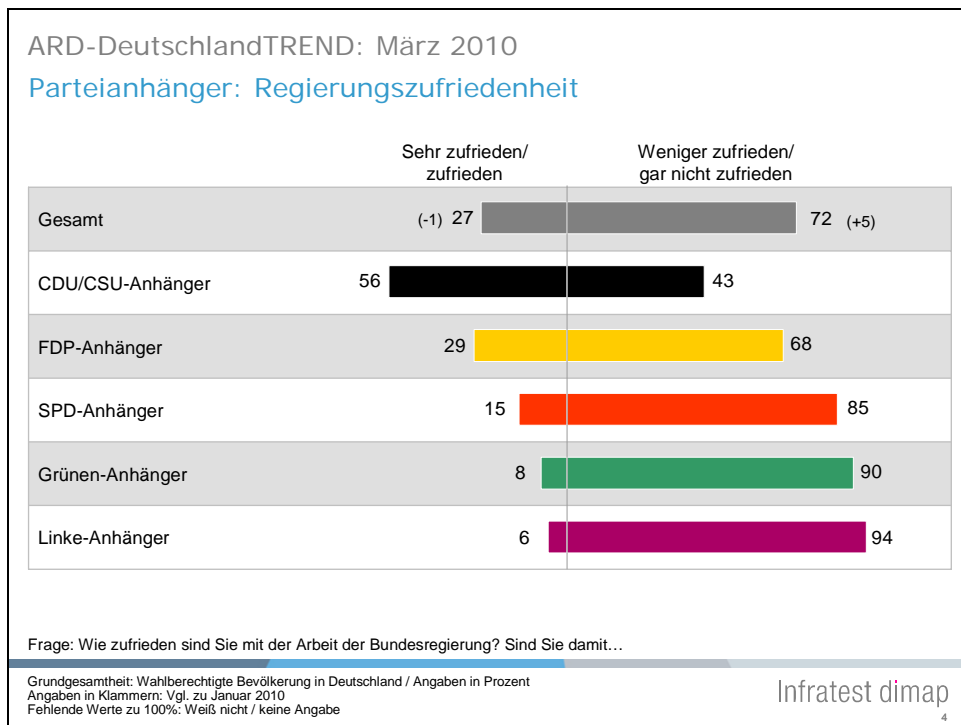
Die Liste der populärsten Politiker wird wie im März von Karl-Theodor zu Guttenberg und von Angela Merkel angeführt. Zur Person des FDP-Vizekanzlers und Außenministers äußert sich dagegen aktuell nur ein Viertel der Deutschen positiv. Guido Westerwelle büßt erneut an Zustimmung ein und landet auf dem vorletzten Platz. Mit der von ihm in der Rolle des Parteivorsitzenden angesprochenen Hartz-IV-Thematik hat er einen Punkt angesprochen, der den Bürgern durchaus wichtig ist. Drei Viertel finden es gut, dass er eine entsprechende Diskussion über Hartz-IV angestoßen hat. 60 Prozent unterstützen den FDP-Vorsitzenden auch in seiner Haltung, es werde insgesamt zu viel über die Hartz-IV-Empfänger und zu wenig über die Einzahler geredet. Zugleich bezweifelt aber die Mehrheit der Bundesbürger, dass das Hartz-IV-Niveau insgesamt zu hoch ist: Entsprechend kommen viele auch zu dem Schluss, der FDP-Vorsitzende habe sich primär auf Kosten der Schwachen in der Gesellschaft profilieren wollen (55 Prozent). Der alte Vorbehalt gegenüber der FDP, sie sei eine Partei der sozialen Kälte, hat mit der aktuellen Diskussion daher auch wieder an Gewicht gewonnen (53 Prozent; +7).

Ungeachtet der aktuell erkennbaren Distanz gegenüber der FDP und ihrem Spitzenpersonal können die Liberalen in der politischen Stimmung den Negativtrend der letzten Monate abfangen. Gegenüber Februar verbessern sie sich um 2 Punkte und kommen in der Sonntagsfrage auf 10 Prozent. Der Koalitionspartner Union hätte derzeit bei einer Bundestagswahl unverändert 36 Prozent in Aussicht. Die SPD käme aktuell bei einem Urnengang auf 25 Prozent. Sie verliert gegenüber Februar leicht (-1), ebenso die Grünen, die mit 14 Prozent rechnen könnten (-1). Die Linke hätte wie im Vormonat 11 Prozent in Aussicht. Die sonstigen Parteien würden zusammen genommen 4 Prozent (+/-0) erzielen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom März, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von fünf Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 01. bis 03. März 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Regierungszufriedenheit: Rückhalt für Bundesregierung stagniert auf niedrigem Niveau

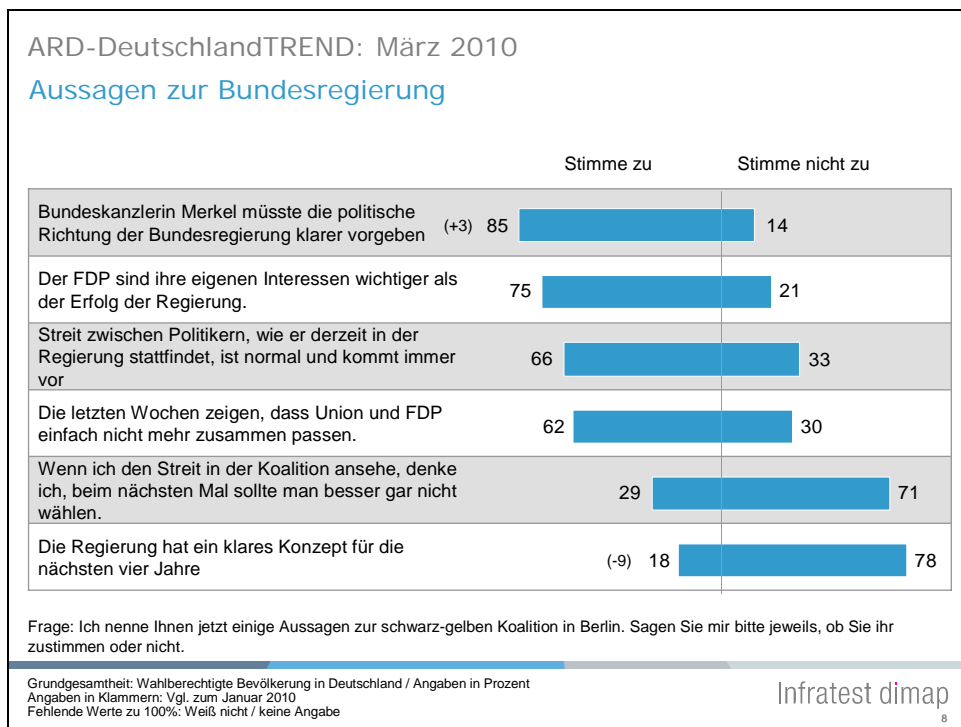
Der Rückhalt der Bundesregierung in der Bevölkerung stagniert auf niedrigem Niveau. Nach 28 Prozent im Januar stellen aktuell 27 Prozent der Bundesregierung aus Union und FDP ein positives Zeugnis aus. Drei Viertel der Deutschen (72 Prozent) sind dagegen weniger (48 Prozent) oder gar nicht (24 Prozent) zufrieden mit der Arbeit des schwarz-gelben Kabinetts. Zu Jahresbeginn hatten sich zwei Drittel (67 Prozent) kritisch geäußert.



Während bei den Unions-Anhängern wie im Januar die Zustimmung größer als die Kritik ausfällt, überwiegt in den Reihen der FDP erstmals klar die Unzufriedenheit: Nur knapp ein Drittel der FDP-Anhänger (29 Prozent) bewertet aktuell die Arbeit der eigenen Regierung positiv. Noch deutlicher als bereits zu Jahresbeginn gehen aktuell die Anhänger der Opposition auf Distanz zum Kabinett Merkel/Westerwelle, wobei in den Reihen von Grünen und Linkspartei besonders häufig Kritik geübt wird.

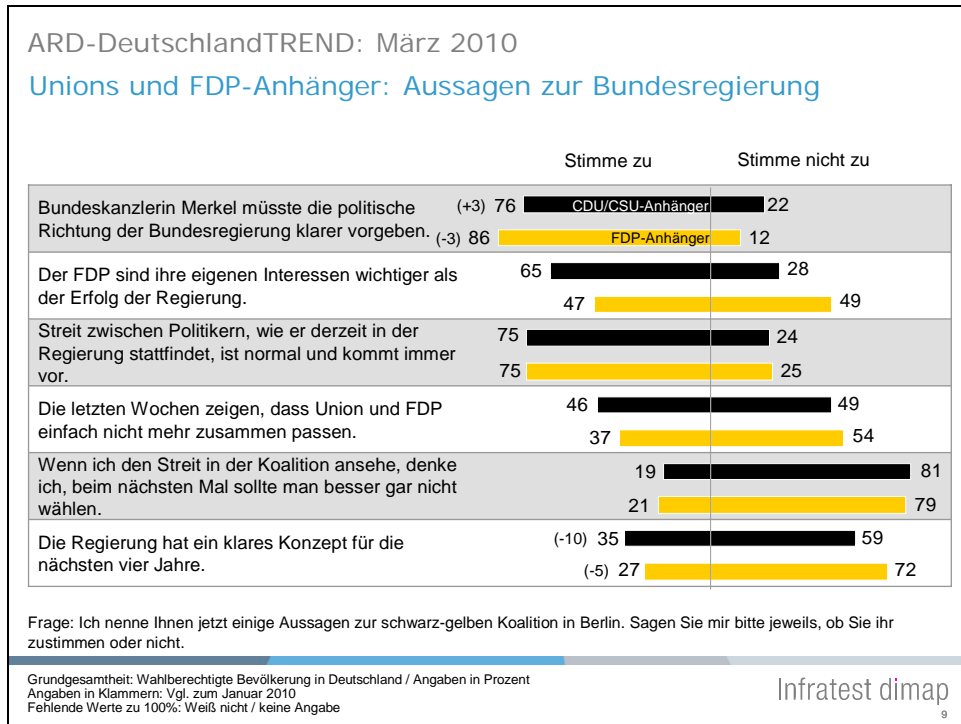
Ansichten zur Koalition: Für 62 Prozent passen Union und FDP nicht mehr zusammen

Die Bundesbürger sind in ihrer Mehrheit nicht nur unzufrieden mit der Bundesregierung. 62 Prozent bezweifeln nach gut vier Monaten gemeinsamen Regierens auch, dass Union und FDP noch zusammen passen.



Die Deutschen bemängeln dabei nicht unbedingt die Koalitionsstreitigkeiten an sich. Sie betrachten Sach-Auseinandersetzungen wie derzeit durchaus als normale Erscheinung des Politikbetriebs (66 Prozent), die sie auch nicht zum Anlass für Wahlenthaltungen nehmen möchten (71 Prozent). Allerdings wird speziell der FDP unterstellt, die eigenen Interessen gegenwärtig wichtiger zu nehmen als den Erfolg der Regierungsarbeit (75 Prozent). Zudem drängt sich bei 78 Prozent der Eindruck auf, Schwarz-Gelb fehle ein klares Konzept für das gemeinsame Regieren. Dieser Eindruck wird verstärkt durch das moderierende und zurückhaltende Agieren der Bundeskanzlerin, von der sich 85 Prozent der Deutschen eindeutigeren Richtungsvorgaben für das Regierungsbündnis wünschen.

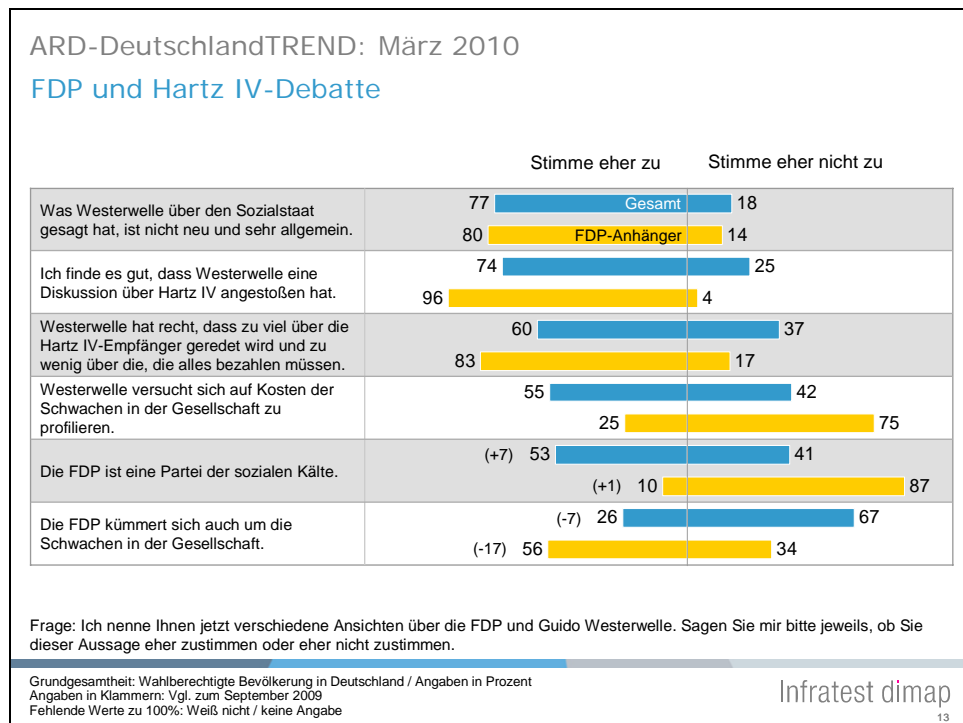
Auch die Anhänger der Koalitionsparteien sehen die derzeitigen Auseinandersetzungen mehrheitlich als normal an. Allerdings fällt es auch ihnen schwer, bei der Koalition ein gemeinsames Regierungskonzept zu erkennen. Für den Regierungsalltag wünschen sich entsprechend auch Unions- und FDP-Anhänger klarere Vorgaben durch die Kanzlerin.



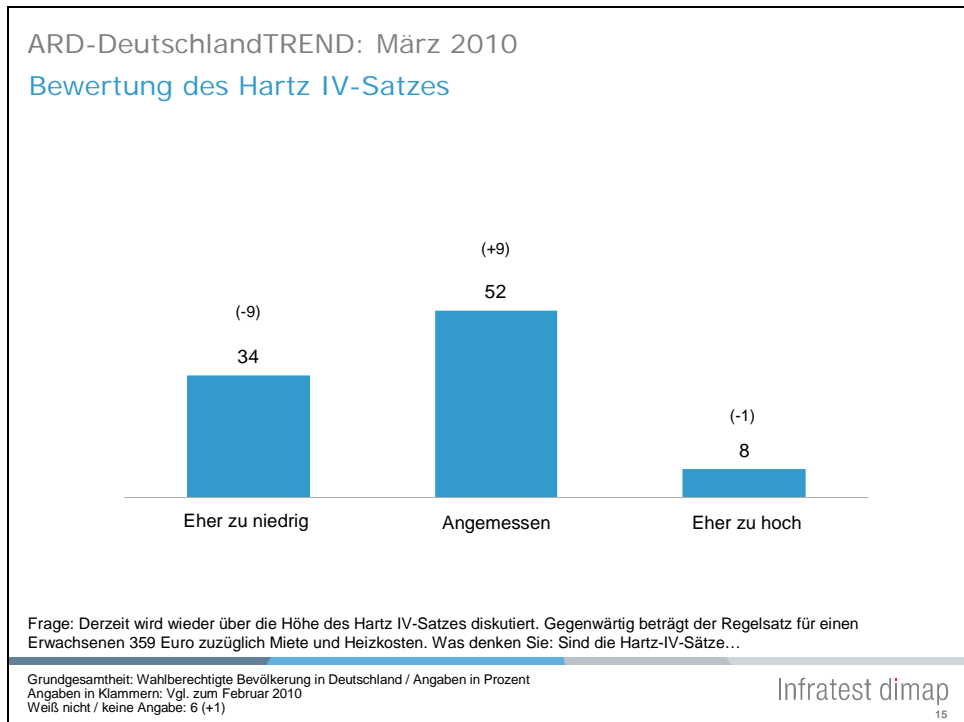
Durchaus skeptisch blicken die Unions-Anhänger auf das selbstbewusste Auftreten des kleineren Regierungspartners: Zwei Drittel (65 Prozent) werfen der FDP vor, die eigenen Interessen auf Kosten des Regierungserfolgs durchsetzen zu wollen. Immerhin fast jeder zweite Unions-Anhänger (46 Prozent) hat mittlerweile Zweifel, ob beide Koalitionspartner noch gut zusammen passen. Für 54 Prozent der FDP-Anhänger steht dagegen außer Frage, dass sich beide Parteien weiterhin inhaltlich nahe stehen. Den Vorwurf an ihre Partei, in der Regierung zu sehr an den eigenen Interessen orientiert zu sein, hält immerhin jeder zweite FDP-Anhänger (47 Prozent) für zutreffend.

Westerwelle und Hartz-IV: Wichtiges Thema, aber auf Kosten der Schwachen

Ein Thema, bei dem für beide Koalitionspartner zuletzt unterschiedliche Positionen sichtbar wurden, betrifft Hartz-IV. Im Nachgang des Verfassungsgerichts-Urteils hatte Guido Westerwelle vor einer Missachtung des Leistungsprinzips gewarnt und einen Vollversorgerstaat angeprangert. Mit dieser Thematik hat Guido Westerwelle durchaus einen Punkt angesprochen, der den Bundesbürgern wichtig ist. Zwar haben viele den Eindruck, er habe kein Tabu gebrochen und auch nichts wirklich Neues über den Sozialstaat gesagt (77 Prozent), jedoch finden es drei Viertel der Bundesbürger (74 Prozent) gut, dass er eine entsprechende Diskussion über Hartz-IV angestoßen hat.



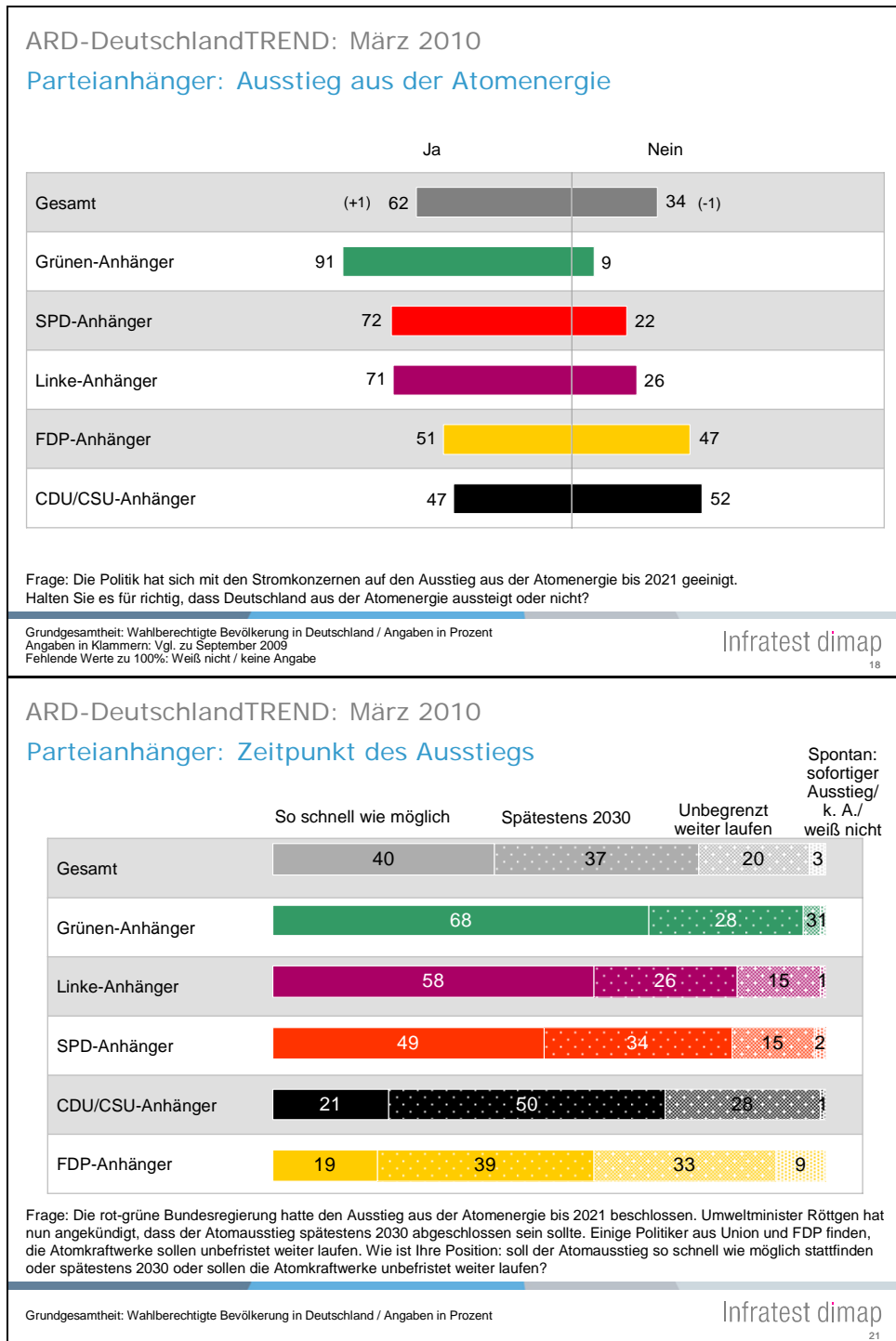
60 Prozent unterstützen den FDP-Vorsitzenden dabei durchaus auch in seiner Haltung, es werde insgesamt zu viel über die Hartz-IV-Empfänger und zu wenig über die Einzahler geredet. Zugleich bezweifelt aber die Mehrheit der Bundesbürger, dass das Hartz-IV-Niveau insgesamt zu hoch ist: Aktuell halten 52 Prozent das Unterstützungsniveau für Langzeitarbeitslose für angemessen und ein Drittel (34 Prozent) sogar für zu niedrig. Entsprechend kommen viele auch zu dem Schluss, der FDP-Vorsitzende habe sich primär auf Kosten der Schwachen in der Gesellschaft profilieren wollen (55 Prozent).



Der alte Vorbehalt gegenüber der FDP, sie sei eine Partei der sozialen Kälte, hat mit der aktuellen Diskussion daher auch wieder an Gewicht gewonnen: Nach 46 Prozent im Herbst 2009 sehen derzeit 53 Prozent diesen Vorwurf als berechtigt an. Zugleich werden die Liberalen als Ergebnis dieser Diskussion seltener als noch vor der Bundestagswahl als Partei betrachtet, die sich auch um die Schwachen in der Gesellschaft kümmert (26 Prozent; -7). Dies bedeutet jedoch im Umkehrschluss, dass die FDP damit auf dem Feld der Sozialpolitik ihr inhaltliches Profil geschärft hat und es ihr leichter fällt, sich in den Augen der Wähler von den anderen Parteien abzusetzen.

Atom-Energie: Deutsche halten am Ausstieg fest

Ein weiteres Thema mit unions- wie koalitionsinternem Konfliktpotenzial bildet der Atom-Ausstieg, den Rot-Grün auf das Jahr 2021 festgelegt hatte, die schwarz-gelbe Koalition laut Koalitionsvertrag allerdings auf einen späteren Zeitpunkt verschieben möchte.



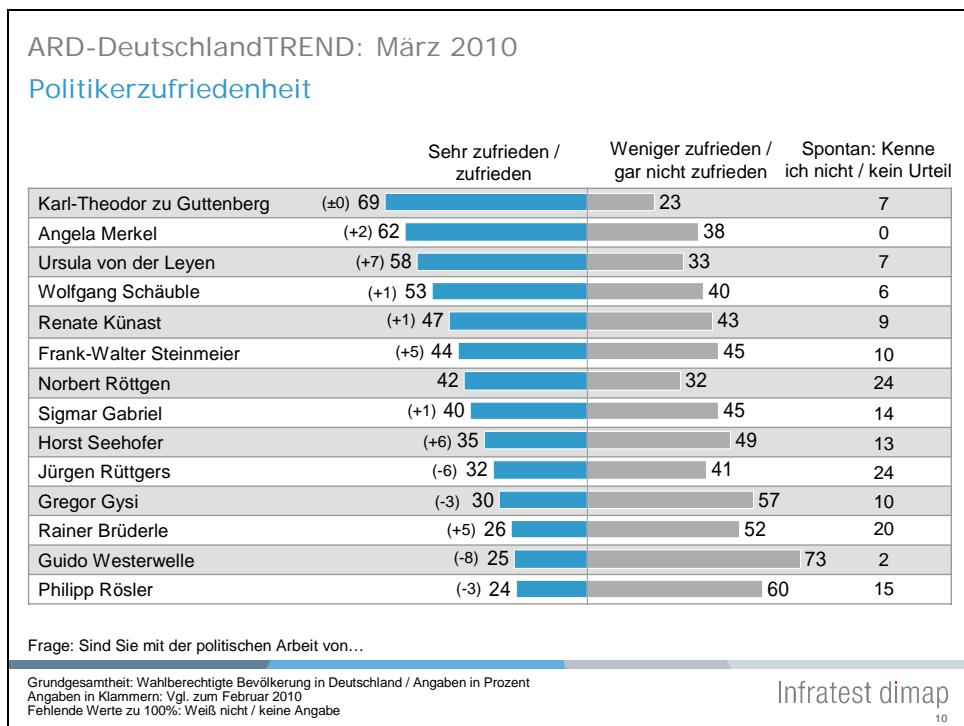
Die Deutschen halten in ihrer großen Mehrheit nach wie vor prinzipiell am Ausstieg fest. 62 Prozent sprechen sich aktuell für eine Beendigung der

Atomverstromung aus, 34 Prozent lehnen einen Ausstieg aus der Atom-Energie ab. Während in den Reihen der Oppositionsparteien der Ausstiegsbeschluss mehrheitlich Unterstützung findet, halten sich bei den Anhängern von Union und FDP Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage.

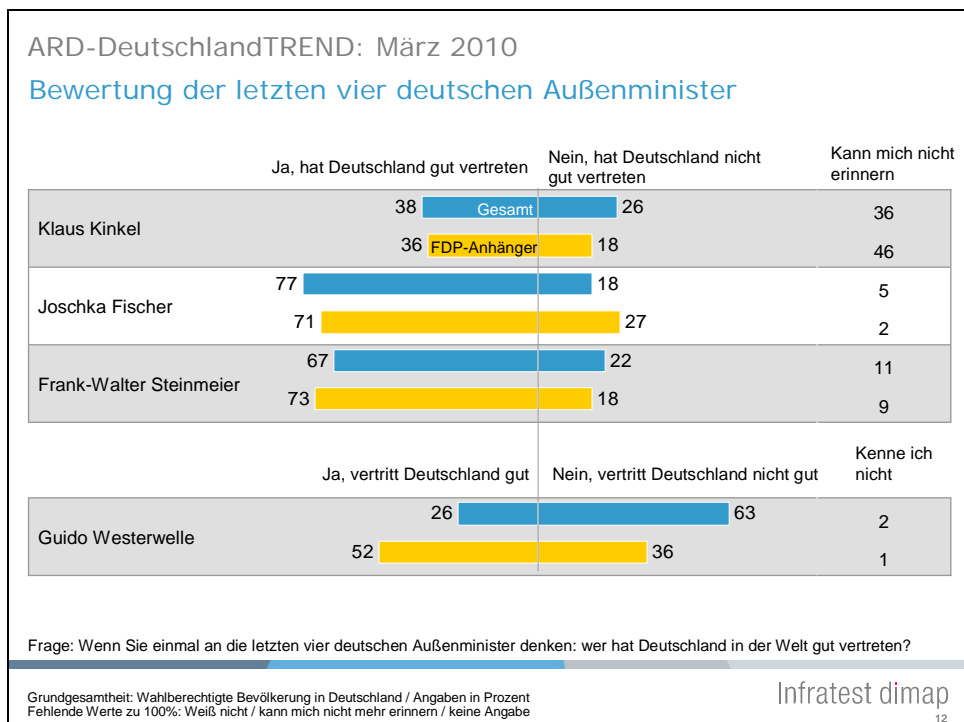
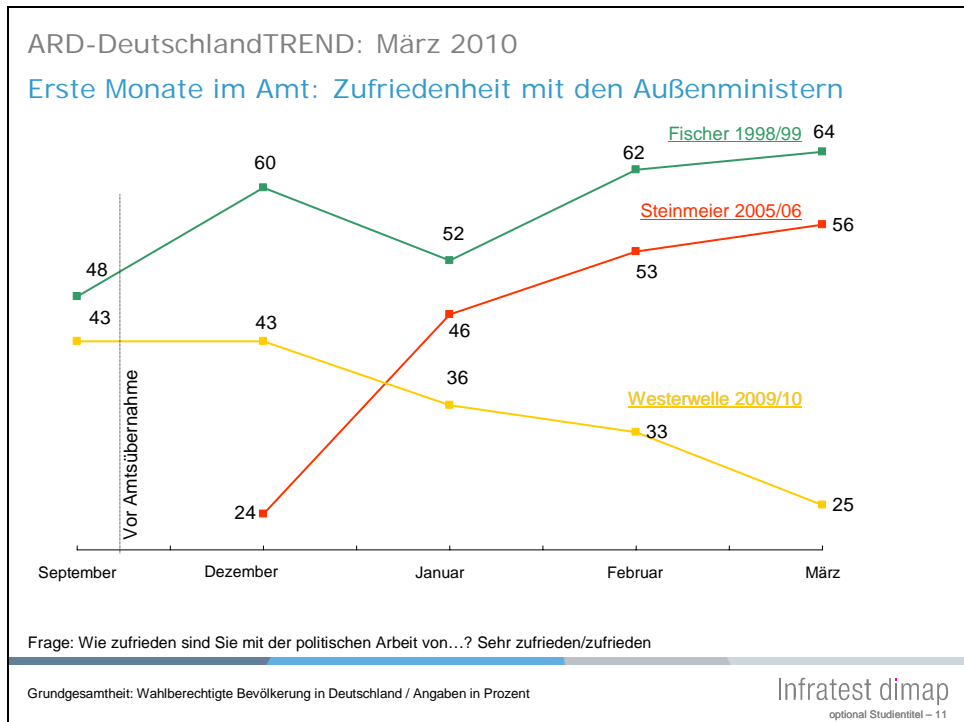
Aus der schwarz-gelben Koalition ist CDU-Umweltminister Norbert Röttgen nun erstmals mit dem Jahr 2030 als neues Ausstiegs-Datum an die Öffentlichkeit getreten und hat damit koalitionsintern und auch in seiner eigenen Partei Kritik auf sich gezogen. Mit einer solch längeren Ausstiegsperspektive überzeugt ein Atom-Ausstieg sogar drei Viertel der Deutschen (77 Prozent) und auch jeweils Mehrheiten in den in der Atom-Frage bislang skeptischen Reihen von Union (71 Prozent) und FDP (58 Prozent). Dort wird eher für einen längerfristigeren als für einen kurzfristigeren Ausstieg plädiert. Anders bei den Anhängern der Opposition, die einen früheren Atom-Ausstieg jeweils klar vorziehen.

Politikerzufriedenheit: Westerwelle verliert weiter an Rückhalt

Gemessen am Urteil der Bundesbürger bleiben die Unions-Kabinetts-Mitglieder auch im März die tragenden Säulen der Koalition. Wie im Vormonat wird die Liste der abgefragten Politiker von Karl-Theodor zu Guttenberg und Angela Merkel angeführt. Der Verteidigungsminister von der CSU erhält wie im Februar eine Zustimmung von 69 Prozent und bleibt damit klar vorn. Ungeachtet des Wunsches nach stärkerer Führung der Kanzlerin überzeugt Angela Merkel auch weiterhin eine Mehrheit der Bundesbürger. Aktuell erhält sie einen Zuspruch von 62 Prozent (+2). Auf dem dritten Platz findet sich Arbeitsministerin Ursula von der Leyen. Sie legt gegenüber Februar um 7 Punkte zu und wird von 58 Prozent der Deutschen positiv bewertet. Von der Leyen zieht damit an Finanzminister Wolfgang Schäuble vorbei, der ähnlich wie im Vormonat auf einen Zustimmungswert von 53 Prozent (+1) kommt.



Zur Person des FDP-Vizekanzlers und Außenministers äußert sich dagegen aktuell nur ein Viertel der Deutschen (25 Prozent) positiv, so wenige wie seit Juli 2005 nicht mehr. Auch im März büßt er im ARD-DeutschlandTREND an Zustimmung ein (-8 Punkte) und landet auf dem vorletzten Platz. Anders als seine beiden Vorgänger im Amt des Außenministers, Joschka Fischer und Frank-Walter Steinmeier, hat Guido Westerwelle damit nach seinem Wechsel ins Auswärtige Amt stetig an Rückhalt verloren.



Der neue Außenminister kämpft dabei in der öffentlichen Meinung nicht nur mit seiner Doppelfunktion als staatstragender Außenminister und debattenfreudiger Parteivorsitzender, sondern auch gegen den Nimbus seiner Vorgänger im Auswärtigen Amt: Während ihm bislang 26 Prozent der Bundesbürger bescheinigen, Deutschland gut in der Welt vertreten zu haben, kommen rückblickend bei Frank-Walter Steinmeier 67 Prozent und bei Joschka Fischer sogar 77 Prozent zu diesem Urteil. Dem letzten FDP-Außenminister, Klaus Kinkel, wird in der Rückschau von 38 Prozent attestiert, die Bundesrepublik

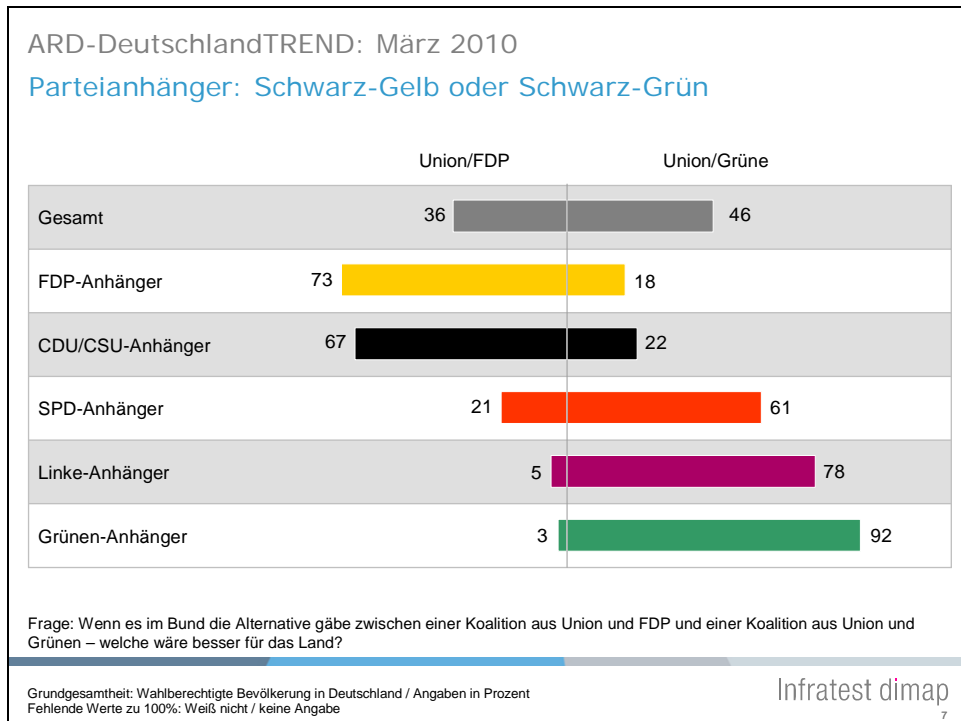
insgesamt gut in der Welt vertreten zu haben, gut ein Drittel kann für ihn jedoch kein Urteil abgeben bzw. weiß sich nicht mehr zu erinnern.

Die aktuelle Sympathieschwäche des FDP-Außenministers wird durch die anderen FDP-Bundesminister nicht aufgefangen. Die abgefragten liberalen Kabinettsmitglieder belegen im ARD-DeutschlandTREND März die letzten Plätze. FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle schiebt sich nach Zugewinn (+6) mit 26 Prozent knapp vor seinen Parteivorsitzenden. FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler liegt mit 24 Prozent Zustimmung unmittelbar hinter dem Bundesaußenminister (- 3).

Die Fraktionsvorsitzenden von Grünen und SPD rangieren aktuell im Bürgerurteil im vorderen Mittelfeld. Renate Künast, erhält einen Zuspruch von 47 Prozent (+1), der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier von 44 Prozent (+5). Hinter ihnen liegt CDU-Umweltminister Norbert Röttgen, zu dessen Person sich derzeit 42 Prozent positiv äußern sowie der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel mit einem aktuellen Zustimmungswert von 40 Prozent (+1). Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer wird nach Sympathiezuwachs (+6) von 35 Prozent der Deutschen positiv bewertet, Linken-Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi von 30 Prozent (-3).

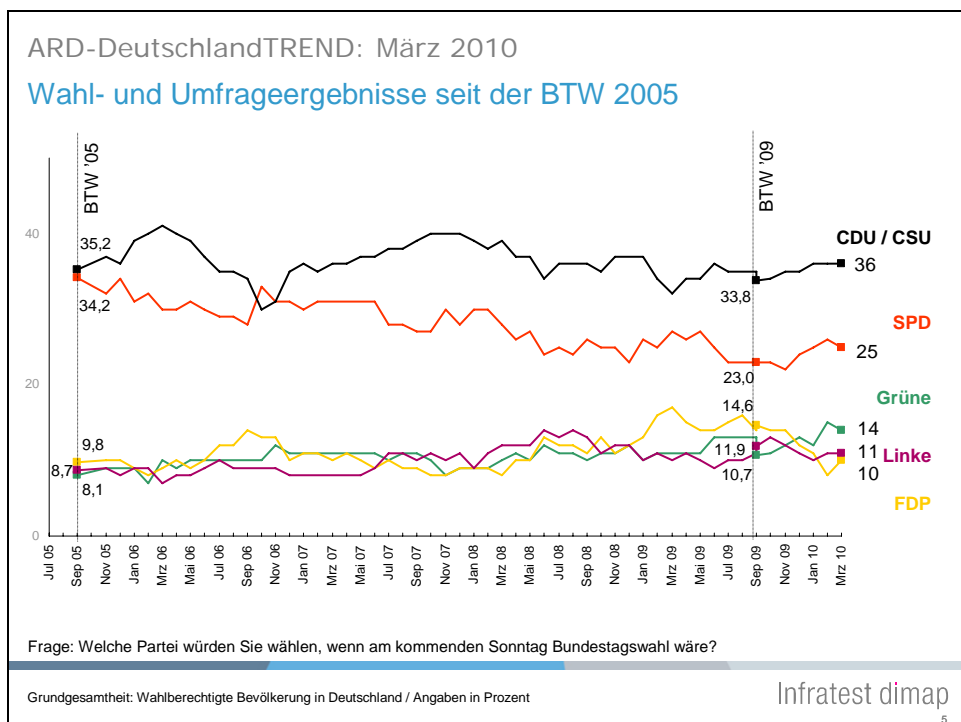
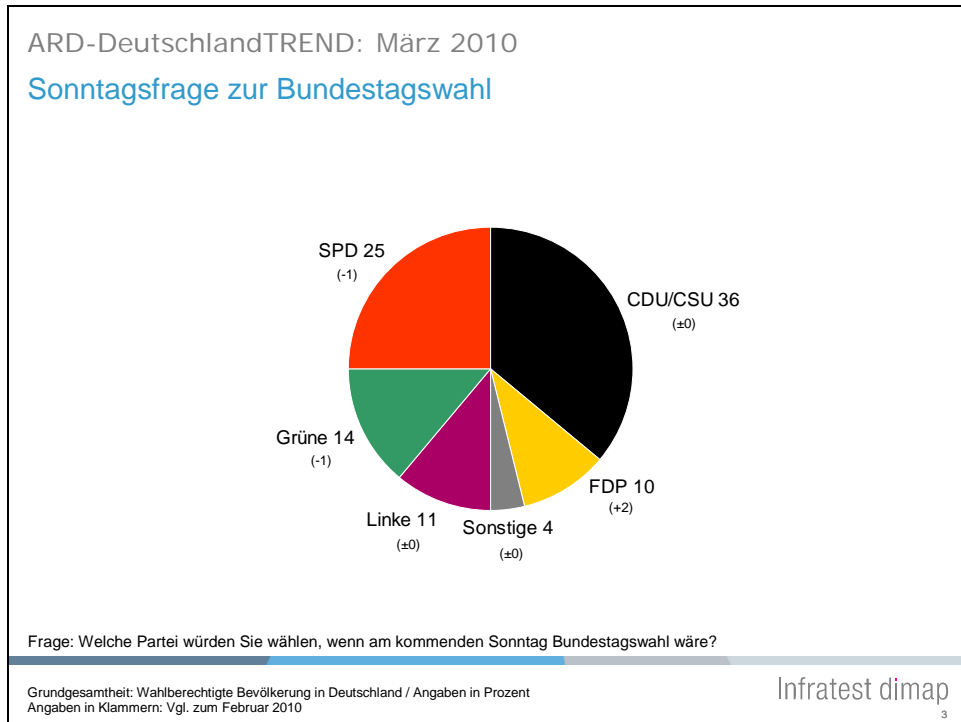
Koalitionsalternative: 46 Prozent halten Schwarz-Grün für besser

Angesichts der aktuellen Vorbehalte gegenüber der FDP und ihrem Spitzenpersonal verfügen alternative Regierungsmodelle bei den Bundesbürgern durchaus über eine gewisse Attraktivität in der Bevölkerung. Danach gefragt, ob Schwarz-Gelb oder Schwarz-Grün besser für das Land wäre, zieht fast jeder Zweite (46 Prozent) ein Regierungsbündnis von Union und Grünen der jetzigen Koalition vor. Nur ein gutes Drittel (36 Prozent) hält die derzeitige Regierung im Vergleich für das bessere Modell. Trotz ausgeprägter Zweifel am Bündnis mit den Liberalen halten die Unions-Anhänger jedoch mehrheitlich an Schwarz-Gelb (67 Prozent) fest, nur 22 Prozent betrachten einen Austausch des liberalen gegen einen grünen Koalitionspartner als wünschenswert für das Land.

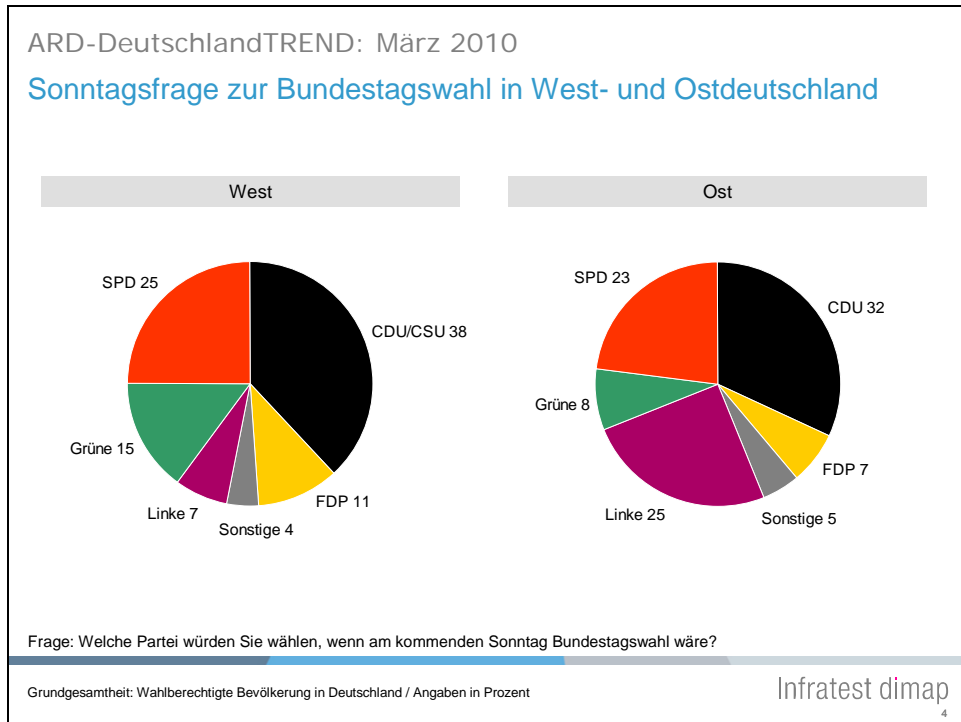


Sonntagsfrage: FDP fängt Einbußen der letzten Monate ab

Die FDP hat seit November letzten Jahres in der politischen Stimmung verloren. Diesen Negativtrend können die Liberalen aktuell abfangen. Gegenüber Februar verbessern sie sich um 2 Punkte und kommen in der Sonntagsfrage des ARD-DeutschlandTRENDs auf 10 Prozent. Der Koalitionspartner Union hätte derzeit bei einer Bundestagswahl unverändert 36 Prozent in Aussicht.



Die SPD käme aktuell bei einem Urnengang auf 25 Prozent. Sie verliert gegenüber Februar leicht (-1), ebenso die Grünen, die mit 14 Prozent rechnen könnten (-1). Die Linke hätte wie im Vormonat 11 Prozent in Aussicht. Die sonstigen Parteien würden zusammen genommen 4 Prozent (+/-0) erzielen.



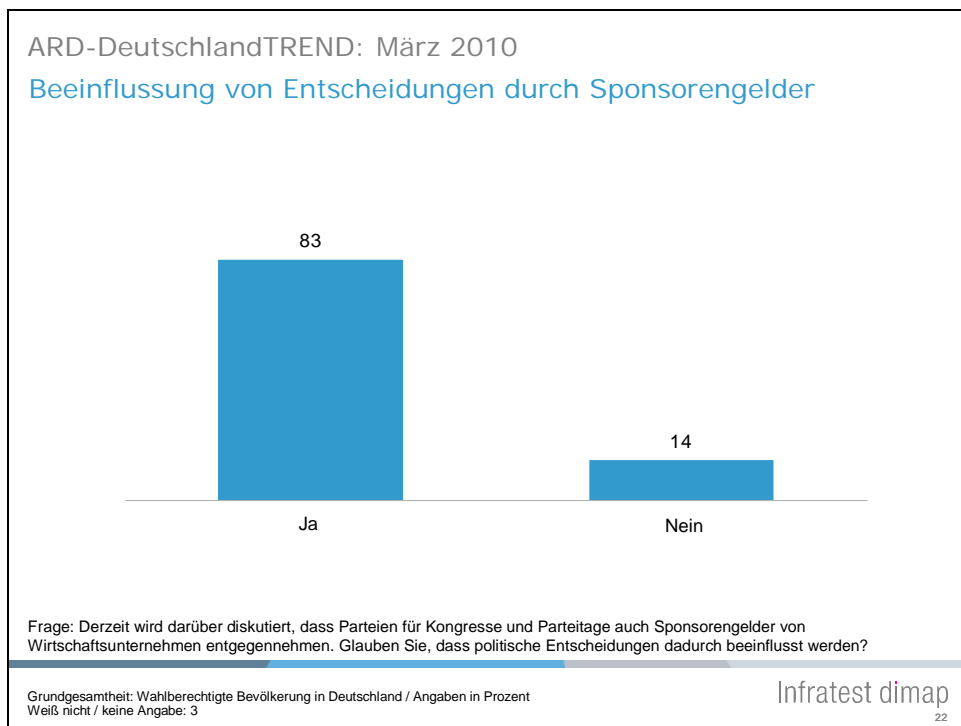
In den **alten Bundesländern** kommt die Union unverändert auf 38 Prozent der Stimmen. Die FDP legt erkennbar von 8 auf 11 Prozent zu. Die SPD (25 Prozent) und die Grünen (15 Prozent) verlieren, die Linke bleibt unverändert (7 Prozent).

In den **neuen Bundesländern** legen die CDU (32 Prozent) und die SPD (23 Prozent) zu. Linke (25 Prozent) und FDP (7 Prozent) liegen wie im Vormonat, die Grünen fallen von 10 auf 8 Prozent Stimmenanteil zurück.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

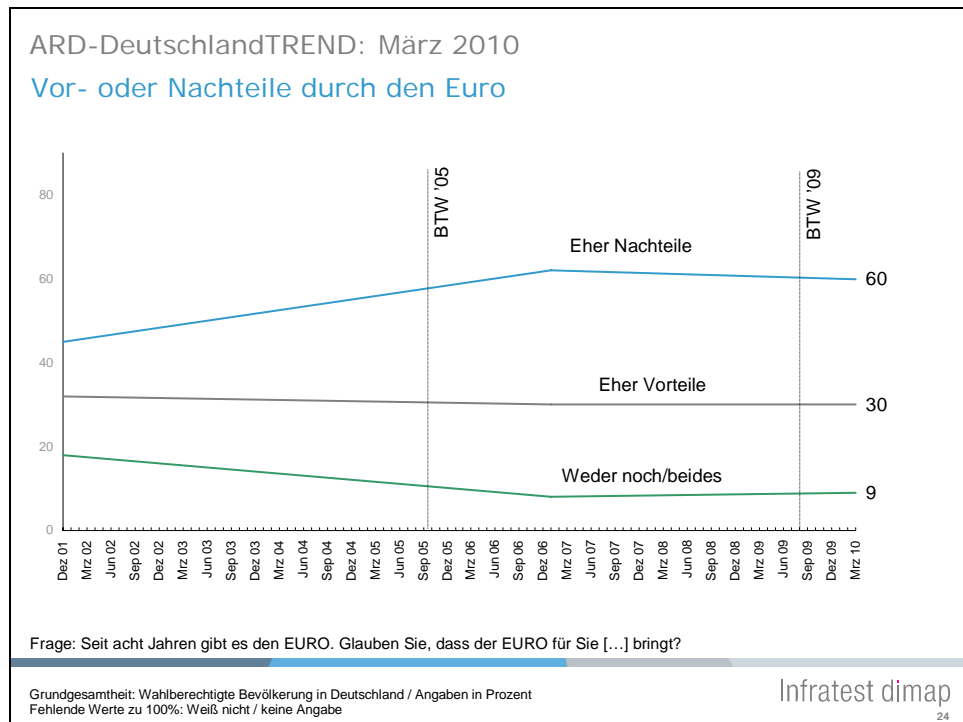
Parteien-Sponsoring: Mehrheit vermutet Einflussnahme

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist in seinem Bundesland wegen der so genannten Sponsoring-Affäre unter Druck geraten. Im aktuellen ARD-DeutschlandTREND büßt er erkennbar gegenüber dem Vormonat an Rückhalt ein (-6) und wird bundesweit statt von 38 Prozent aktuell nur von 32 Prozent positiv bewertet. Im Rahmen der Affäre ist bekannt geworden, dass die NRW-CDU, aber auch andere Parteien Sponsorengelder von Wirtschaftsunternehmen zur Finanzierung von Kongressen und Parteitag entgegengenommen haben. Die Mehrzahl der Bundesbürger (83 Prozent) – und zwar über alle Parteigrenzen hinweg – steht dieser Form der Parteienfinanzierung skeptisch gegenüber und glaubt, dass dadurch durchaus politische Entscheidungen beeinflusst werden. Nur jeder Siebte (14 Prozent) stellt dies in Zweifel.



Euro mit unverändert schlechtem Image

Wegen der Haushaltsprobleme einzelner Euro-Länder steht die europäische Gemeinschaftswährung aktuell an den Finanzmärkten unter Druck. Einen schlechten Stand hat der Euro gegenwärtig auch bei den Deutschen: 60 Prozent der Bundesbürger vertreten die Meinung, der Euro bringe ihnen persönlich eher Nachteile. Für 30 Prozent überwiegen die Vorzüge. Für 9 Prozent überwiegen die Nachteile.



Dieses schlechte Image der Gemeinschaftswährung bei den Deutschen resultiert allerdings nicht unmittelbar aus den aktuellen Euro-Turbulenzen. Die neue Währung stieß bei den Bundesbürgern von Beginn an auf Akzeptanzprobleme. Bereits am Vorabend der Euro-Einführung im Dezember 2001 überwog die Zahl derer, die mit persönlichen Nachteilen rechnete (45:32 Prozent). Wegen des nachhaltigen Gefühls, dass die Euro-Umstellung vieles teurer gemacht habe, betrug die Zahl der Deutschen, die den Euro als nachteilig empfinden, fünf Jahre später bereits 62 Prozent.